

Ergebnisse der öffentlichen Gemeinderatssitzung vom 25.09.2017

Grünes Licht für Bauanträge

Keine Bedenken hatte der Rat gegen den Neubau eines Einfamilienwohnhauses in der Schützenbergstraße und den Neubau eines Carports und einer Terrasse in der Dorfstraße und stimmte daher der Erteilung eines Bauvorbescheids bzw. der Baugenehmigung zu. Von folgenden weiteren Bauvorhaben wurde Kenntnis genommen: Neubau eines Einfamilienwohnhauses mit Doppelgarage in der Bergwerkstraße, Erweiterung des ALDI-Marktes in der Kinzigstraße, Neubau eines Zweifamilienwohnhauses mit Einliegerwohnung und Doppelgarage im Hansjakobweg.

Flüchtlingsbetreuung wird durch Dolmetscherpool und Integrationsmanager verbessert

Die Betreuung von Flüchtlingen in der Anschlussunterbringung stellt die Kommunen vor große Herausforderungen und Aufgaben. Diese können allein mit dem vorhandenen Personal und ehrenamtlichen Kräften nicht bewältigt werden. Zusammen mit Gengenbach, Ortenberg und Ohlsbach beteiligt sich die Gemeinde daher am Dolmetscherpool des Caritasverbandes Offenburg. Kosten für die Gemeinde: 600 €/Jahr fix und 15 €/h nach Anforderung über die Gemeinde. Aus Mitteln des Pakts für Integration des Landes sollen darüber hinaus zukünftig zwei ausgebildete Sozialarbeiterinnen als sog. Integrationsmanagerinnen die Flüchtlinge im oft ungewohnten, deutschen Alltag unterstützen. Auch hier entschied man sich für eine interkommunale Zusammenarbeit in der Raumschaft mit dem Caritasverband. Finanziert wird die Maßnahme durch rund 64.000 Euro aus Landesmitteln für die Jahre 2017 und 2018. Bürgermeister Schäfer betonte, dass Gemeinde und Verwaltung bislang sehr viel Glück damit hatten, dass sich so viele ehrenamtliche Helfer im Ort um die Flüchtlinge in der Anschlussunterbringung kümmern. Dolmetscherpool und Integrationsmanager sollen nicht zuletzt dieses besondere Engagement unterstützen und fördern bzw. auch für eine gewisse Entlastung sorgen. Alle vier Kommunen sehen in der Kooperation mit dem katholischen Sozialverband eine effektivere und nähere Betreuung als durch den Landkreis.

Berghaupten beteiligt sich an Windkraft

Die Stadtwerke Gengenbach betreiben in Gestalt der „Windenergie Gengenbach GmbH“ eine Windenergieanlage mit zwei Windrändern auf dem Rauhkasten. Die Gemeinde beteiligt sich daran in Form eines Darlehens über 10.000 Euro (Laufzeit bis 2038, feste Verzinsung mit 2,5 %) und leistet damit einen weiteren Beitrag zur Energiewende im Kampf gegen den Klimawandel.

Kita bekommt neue Küche

Im Rahmen der schrittweisen Sanierung der Gruppenräume der kath. Kindertagesstätte St. Georg vergab der Gemeinderat nach einer Ausschreibung den Auftrag zu Lieferung und Einbau einer neuen Küche an die Schreinerei Eble, Berghaupten, für rund 9.400 Euro.

Jahresrechnung 2016 fällt positiv aus

Gute Nachrichten in Sachen Gemeindefinanzen hatte Rechnungsamtsleiter R. Vogt in Form der vorgelegten Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2016. Das Gesamtvolumen betrug knapp rund 7,2 Mio. €, wovon ca. 5,5 Mio. € auf den Verwaltungshaushalt (VwH) und ca.

1,8 Mio. € auf den Vermögenshaushalt (VmH) entfielen. Die Zuführungsrate des VwH an den VmH von über 683 Tsd. € hat sich gegenüber dem ursprünglichen Haushaltsansatz fast versechsfacht. War im Plan noch eine Entnahme aus der allgemeinen Rücklage in Höhe von ca. 1,15 Mio. € vorgesehen, musste man diese in 2016 überhaupt nicht antasten. Damit konnte dem VmH eine Nettoinvestitionsrate von knapp 576 Tsd. € für Investitionen zur Verfügung gestellt werden. Im Plan waren es 11 Tsd. €). Als sog. Sockelgarantiegemeinde mit relativ schwachem, eigenem Steueraufkommen, ist Berghaupten immer relativ stark von der wirtschaftlichen Entwicklung, national aber auch international, abhängig. Bei den Einnahmen im VwH sind der Anteil an der Einkommensteuer mit gut 1,1 Mio. € und die Schlüsselzuweisungen mit rund 1,2 Mio. € die beiden Schwergewichte. Bei beiden wurden die Planzahlen leicht übertroffen. Die Gewerbesteuer blieb mit ca. 294 Tsd. € nur leicht hinter den Erwartungen zurück. Bei den Ausgaben im VwH fielen erwartungsgemäß vor allem die Personalkosten mit knapp 848 Tsd. € (Plan: 883 Tsd. €) und die Umlage nach dem Finanzausgleichsgesetz (FAG) mit 557 Tsd. € ins Gewicht. In diesem Zusammenhang verwies Kämmerer Vogt auf die rasante Entwicklung bei den Kosten für die Kinderbetreuung hin. So stieg der jährliche Zuschuss an die kath. Kindertagesstätte St. Georg von 235 Tsd. € in 2009 auf nunmehr 546 Tsd. €, was natürlich auch durch Verbesserungen bei den verschiedenen Betreuungsangeboten und der personellen Ausstattung zu erklären ist.

Im VmH konnten gegenüber dem Plan durch zusätzliche Grundstücksverkäufe und Minderungen bei baulichen Investitionen insgesamt gut 1,15 Mio. Euro eingespart werden. Die Investitionen konzentrierten sich auf den Einbau eines Aufzugs im Rathaus für einen barrierefreien Zugang, der Schaffung von neuem Wohnraum und den Abschluss bei der Erweiterung der Streuguthalle. Die Schulden der Gemeinde betragen zum 31.12.2016 rund 862 Tsd. €, gleichzeitig verfügt man über Rücklagen in Höhe von über 2,6 Mio. €. Zum Abschluss teilte Vogt noch mit, wie es um das laufende Haushaltsjahr 2017 bestellt ist. In seinem Zwischenbericht rechnet er bis Jahresende mit Verbesserungen gegenüber den Planzahlen beim Einkommensteueranteil und den Schlüsselzuweisungen, den beiden Haupteinnahmequellen der Gemeinde. Beide Haushalte entwickeln sich bislang positiv. Gemeinderat R. Harter dankte Kämmerer R. Vogt und der Verwaltung für das Zahlenwerk. Auch in finanzieller Hinsicht stelle dies eine positive Verabschiedung von Bürgermeister J. Schäfer dar, wies jedoch gleichzeitig auf kostenintensive Aufgaben der Gemeinde in naher Zukunft hin wie z.B. der Anschluss des Gewerbegebiets an die B33, Hochwasserschutzmaßnahmen, Kita-Ausbau, Flüchtlingsunterbringung. Bürgermeister Schäfer setzte noch „eines drauf“, indem er mitteilte, dass zu den 2,6 Mio. € in der Rücklage noch ca. 1,4 Mio. € an zu erwartenden Einnahmen aus Erschließungsbeiträgen und Bauplatzverkäufen hinzukommen. Dem gegenüber stünden allerdings auch hohe Ausgaben für die Sicherstellung der Löschwasserversorgung im Gewerbegebiet, die Anschaffung eines neuen Feuerwehrfahrzeugs, die Erneuerung der Ölabscheideranlage im Bereich Feuerwehrgerätehaus / Bauhof. Abschließend dankte er dem Gemeinderat für die jahrelange, vertrauensvolle Zusammenarbeit bei Erstellung und Vollzug der Haushalte.

Pachtverhältnisse sollen neu geregelt werden

Die bestehenden Pachtverhältnisse insbesondere für landwirtschaftliche Grundstücke einschließlich der Pachtpreise sollen neu organisiert werden. Dazu gehört zum einen der Abschluss von einheitlichen, schriftlichen Pachtverträgen mit den Nutzern sowie auch eine moderate Anpassung der Pachtpreise auf der Grundlage der Flächen. Der Gemeinderat stimmte dem Vorschlag sowohl hinsichtlich des Vertragstextes als auch der Preise (Wiese 1,00 €/ar und Acker 1,50 €/ar) grundsätzlich zu und beauftragte die Verwaltung damit, die Neuorganisation mit den Pächtern zu besprechen.

Verlässliche Grundschule erhöht die Preise

Aufgrund der erheblichen Kosten dieser Einrichtung entschied sich der Gemeinderat für eine erstmalige, moderate Erhöhung der Elternbeiträge in mehreren Stufen. Auf Vorschlag der Verwaltung, die sich dabei auch an der Gebührenhöhe anderer Kommunen orientierte, steigen die Elternbeiträge zunächst für das laufende Schuljahr um 30%, in den folgenden drei Schuljahren nochmals um jeweils 10%. Die Beiträge liegen damit im laufenden Schuljahr zwischen 30 und 50 Euro, je nach Dauer der Betreuung zwischen 7.00 Uhr und Unterrichtsbeginn bzw. Unterrichtsende und 16.00 Uhr.

Neuer Waschplatz für den Bauhof

Erneut war der defekte Ölabscheider im Bereich Feuerwehr / Bauhof und die Frage nach einem neuen Waschplatz Thema im Gemeinderat. Nach einer Ortsbesichtigung lehnte der Rat den Vorschlag des Bürgermeisters und der Feuerwehr für einen auch für Feuerwehrfahrzeuge geeigneten größeren Waschplatz längs des Bauhofs ab und entschied sich stattdessen für den vom Bauhofleiter favorisierten kleineren, aber überdachten Waschplatz neben den Fahrzeughallen des Bauhofs. Die Verwaltung soll dazu mit den Zink-Ingenieuren eine Ausschreibung im Winter vorbereiten. Die Frage, wo die Feuerwehr ihre Fahrzeuge reinigen soll, blieb zunächst unbeantwortet.

Änderungen bei der Vermietung der Klingelhalde

Aufgrund mehrerer Beschwerden von Anwohnern über den Lärm von privaten Festen auf der Klingelhalde sprach sich das Gremium dafür aus, die Vergabe der Mühlenstube (=innen) so beizubehalten wie bisher, bei der Vermietung des Vorplatzes (=außen) die Vermietung zukünftig auf Einheimische zu beschränken und jegliche elektronisch verstärkte Musik (Beschallungsanlagen etc.) auszuschließen.

Zuschussantrag vertagt

Zunächst keine Entscheidung wollte der Rat über den Antrag des Fördervereins Unterhaus für Jugend- und Familienfreizeiten e.V. treffen, der nach einem verheerenden Brand sein Vereinshaus, das als Freizeitheim genutzte alte Forsthaus am Rohrhardsberg („Unterhaus“), verlor und nun Geld zur Renovierung des neuen Hauses, der Mannheimer Hütte an der Schwarzwaldhochstraße, braucht.

Wasserversorgung mit Gewinn

Laut dem steuerlichen Jahresabschluss der Wasserversorgung, die organisatorisch als Betrieb gewerblicher Art (BgA) mit Kostendeckungsprinzip, geführt wird, fiel in 2016 der Gewinn mit rund 20.000 Euro im Vergleich zum Vorjahr um 12.000 Euro niedriger aus. Durch die auf Anraten des Steuerberaters eingeführte Konzessionsabgabe vom Betrieb an die Gemeinde konnte die Steuerlast des BgA verringert werden.

Dank an Spenderin

Jede Spende an die Gemeinde muss aus rechtlichen Gründen vom Gemeinderat per Beschluss förmlich angenommen werden. Diesmal handelte es sich um eine Spende in Höhe von 300 Euro von Hildegard Bergmann für eine Sitzgruppe auf dem Burgstall. –Herzlichen Dank!

(Firmen-)Schilderwald soll ausgelichtet werden

Hinweisschilder oder Wegweiser auf den Standort von Firmen, die außerhalb der beiden von der Gemeinde errichteten Tafeln an den Einfahrten ins Gewerbegebiet auf öffentlichem Grund aufgestellt oder gar an Verkehrszeichen oder Straßennamensschilder angebracht wurden, sind nach Ansicht des Gemeinderats in Zeiten der Navigationsgeräte und Smartphones nicht mehr notwendig. Die Verwaltung erhielt daher den Auftrag, die betroffenen Firmen im gesamten Ort darum zu bitten, die „wilden“ Schilder abzuhängen.

Bürgermeister Jürgen Schäfer teilte mit...

... dass der geplante Rückbau einer Verdolungsstrecke im Bereich „Am Pfuhl“ nicht verwirklicht werden kann, weil das Landratsamt keine Zuschüsse dafür gibt.

... dass auch die angedachte Photovoltaikanlage am Tiefbrunnen „Räpplesbünd“ wegen Bedenken des Landratsamtes in der Wasserschutzzone nicht verwirklicht werden kann.

... dass die Betriebskosten je cbm Abwasser der Kläranlage Gengenbach in 2016 um gut 5% gestiegen sind. Für Berghaupten fiel 2016 ein Anteil an den gesamten Betriebskosten in Höhe von knapp 121.000 Euro an.

... dass in der nicht-öffentlichen Sitzung am 31.07.2017 beschlossen wurde, dass Michaela Grim nach ihrer erfolgreich abgeschlossenen Ausbildung zur Erzieherin die Leitung der Betreuungseinrichtung „verlässliche Grundschule“ übernimmt. Außerdem wurde der Höhergruppierung und Stufensteigerung einer Mitarbeiterin zugestimmt.

Nächste Gemeinderatssitzung

Die nächste öffentliche Sitzung wird voraussichtlich am Montag, 16.10.2017, stattfinden. Details werden rechtzeitig bekannt gegeben.

Diese und viele weitere Informationen finden Sie auch im Internet unter der Adresse www.berghaupten.de. Dort steht Ihnen außerdem der aktuelle Terminkalender mit allen wichtigen Veranstaltungen in unserer Gemeinde zur Verfügung.